

## **Arbeitsbedingungen verbessern, Entlastung schaffen**

Die Lehrkräfte an hessischen Schulen arbeiten seit langer Zeit bereits am Limit. Dies ist ein Umstand, der nicht länger hinzunehmen ist. Wir, die Lehrerinnen und Lehrer unterschiedlicher Schulformen, sehen uns nicht in der Lage, dauerhaft die immer höher werdenden Anforderungen zu meistern, wenn sich an den Bedingungen nichts ändert.

Die hessischen Lehrkräfte haben im Vergleich mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern deutlich höhere Pflichtstundenzahlen. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch bescherte den Landesbediensteten im Rahmen seiner „Operation sichere Zukunft“ im Jahr 2004 eine deutliche Arbeitszeiterhöhung, die bis heute nicht im selben Umfang zurückgenommen wurde.

Die Belastungen haben sich indes aber nicht nur durch die gestiegene Arbeitszeit spürbar erhöht.

Eine in manchen Schulformen massive Unterbesetzung mit ausgebildetem Personal, die verzögerte Besetzung von Funktionsstellen, mangelhafte Ausstattung, zu große Klassen und Kurse, eine zunehmende Anzahl an Elterngesprächen, Sitzungen und Konferenzen, die verpflichtende Durchführung von Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten, die Betreuung von studentischen PraktikantInnen, eine deutlich heterogener gewordene Schülerschaft, mit der ein höherer Zeitaufwand bei der Unterrichtsvorbereitung einhergeht oder eine Inklusion, die bewältigt werden soll, ohne dass entsprechende Bedingungen dafür geschaffen wurden – all das sind weitere Herausforderungen.

Zusätzliche Aufgaben etwa in den Bereichen Gesundheitsförderung, Erinnerungskultur, Sicherheit, Öffentlichkeitsarbeit oder Organisationsunterstützung kommen hinzu. Ob diese entsprechend entlastet werden können, hängt zum einen von den Ressourcen, zum anderen aber auch vom guten Willen anderer ab.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben sich angesichts dieser mangelhaften Rahmenbedingungen sogar dazu entschlossen, ihre Stundenzahl zu reduzieren, um genügend Kapazitäten für eine adäquate Unterrichtsvor- und -nachbereitung zu haben. Ein Umstand, der mehr als nur nachdenklich stimmen sollte.

Hilferufe aus den Lehrerkollegien hessischer Schulen gingen in Form von Überlastungsanzeigen in großer Anzahl ans Hessische Kultusministerium. Bislang sind diese jedoch weitgehend ungehört geblieben. Manche Schulen haben bis heute noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung aus Wiesbaden erhalten. Soll dies etwa die Wertschätzung sein, die das Ministerium den Bediensteten entgegenbringt?

Immer wieder wird von Seiten der Verantwortlichen auf diverse Fortbildungen verwiesen, die Abhilfe schaffen sollen. Doch wie sollen zusätzliche Termine überlasteten Kolleginnen und Kollegen Entlastung verschaffen? Außerdem sollte endlich erkannt werden, dass weder durch Selbstoptimierungsversuche der Lehrkräfte noch durch andere Initiativen zur Effizienzsteigerung die chronischen Lücken im Bildungsbereich

geschlossen werden können. Es muss endlich ein grundlegendes Umdenken im Umgang mit den Lehrerinnen und Lehrern einsetzen. Die gestiegenen Zahlen von stressbedingten Erkrankungen bereiten hierbei besonders große Sorgen.

Dass sich weniger Menschen dazu entschließen, den Lehrerberuf zu ergreifen, was einen eklatanten Lehrkräftemangel zur Folge hat und somit etliche Stellen unbesetzt bleiben, ist angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen und der häufig nicht einmal ansatzweise erkennbaren Wertschätzung nicht weiter verwunderlich.

Mit der über Jahre hinweg gängigen Praxis der sukzessiven Erhöhungen der Belastungen muss endlich Schluss sein!

### **Deshalb fordern wir:**

- *eine deutliche Absenkung der Pflichtstundenzahl in allen Schulformen*
- *eine Erhöhung der Schuldeputate und eine klar geregelte Stundenentlastung für jede Aufgabe, die über die verpflichtenden Tätigkeiten einer Lehrkraft hinausgeht*
- *eine deutliche Reduzierung der Klassen- und Kursgrößen*
- *eine ausreichende Versorgung der Schulen mit SozialarbeiterInnen*
- *eine Anhebung der Besoldung, nicht zuletzt, um den Lehrerberuf auch finanziell wieder attraktiver zu gestalten und auf diese Weise einem Lehrkräftemangel vorzubeugen*
- *höhere Ausbildungskapazitäten, um eine Versorgung der Schulen mit qualifizierten Lehrkräften gewährleisten zu können*
- *eine spürbare Entbürokratisierung mit einer Verringerung der Berichts- und Dokumentationspflichten*
- *die Abschaffung der Durchführungsverpflichtung von Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen*

**Einstimmig verabschiedet am 20.11.2019 von 115 Personalrätinnen und Personalräten der Schulen im Schulamtsbezirk Bergstraße-Odenwald**